



DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

Mai
2014

EDITORIAL



von Annekatri Klepsch

Plagiate als späte Einsicht

Seit einigen Jahren ist das Jagen von Plagiaten in der Wissenschaft zum Volkssport geworden und hat mehrere Ministerinnen und Minister ihr Amt oder mindestens ihren Dokortitel gekostet.

Beobachtet man den Kommunalwahlkampf in Dresden, so könnte man bei den blau-orangefarbenen Plakaten schnell auf den Gedanken kommen, es handele sich hier um Plagiate. Da wird im Endspurt des Wahlkampfes plakatiert, worum sich die Partei der Oberbürgermeisterin plötzlich kümmern wolle, nachdem man mit der eigenen Politik die Probleme erst im Wesentlichen verursacht hat.

Dreistigkeit kennt keine Grenzen oder handelt es sich um späte Einsicht, wenn die CDU plötzlich in der Neustadt Grundschulen bauen und das Dreikönigsgymnasium sanieren will, wenn in Prohlis dem Pahlitzschhof geholfen werden soll, nachdem die OB das Personal weggespart hat.

Glaubwürdigkeit und Vertrauen entstehen anders und nicht durch das schnappatmige Reagieren auf Kritik und Positionen der politischen Konkurrenz. Nach den Wahlen folgen die Haushaltsverhandlungen und daran wird sich auch die CDU messen lassen müssen, wie viel ihre Versprechungen wert sind.

annekatri.klepsch@dielinke-dresden.de

www.annekatri-klepsch.de

Der Hauptfeind



Foto: Uschi Dreiuicker, pixelio.de

von Tilo Kießling

Von 1915 ist das Flugblatt, in dem Karl Liebknecht dies in fast verzweifelmtem Gestus niedergeschrieben hat. Der erste Weltkrieg tobt, und der Burgfrieden im Reich lässt die Zweifler am Krieg wohl noch wie Verräter erscheinen. Ich kann dieses Flugblatt nur noch einmal zum Lesen empfehlen. Es ist im Internet leicht zu finden.

Natürlich war Liebknecht damals bewusst, dass die Krieg führenden imperialen Mächte nicht besser oder schlechter waren. Aber die Frage stand wohl: Wie gehen wir gegen eine Verschlechterung der Situation vor? Durch weiteres Zusammenrücken im eigenen Land? Oder in einer internationalen Solidarität der Kriegsgegner aller Länder, die gegen die herrschenden Kräfte in ihren Ländern opponieren?

Die Meinungsmaschinen bei uns zermahlen die Gedanken und vernebeln mit dem Ideenstaub die klare Sicht. Putin ist also jetzt gerade der größte Udemokrat der Welt. Oder wenigstens ein so großer Udemokrat, dass viele auch im linken Umfeld meinen, ihn zum Hauptfeind zu erklären. Ja, schlimmer noch: Er ist schwulenfeindlich. Noch selten habe ich so viel Eifer erlebt beim Verfolgen von Schwulenfeindlichkeit. Ohne Zweifel instrumentalisiert er die verbreitete Homophobie im Lande zur

Sicherung seiner Macht. Aber ist das das Wesentliche an seiner Politik?

Im eigenen Land werden die Signale immer schriller. Die Einsatzbereitschaft der NATO-Armeen wird lautstark hinterfragt, so als ob ein Angriff bevorstünde. Höhere Rüstungsausgaben werden gefordert, nicht von unwesentlichen Akteuren, sondern vom NATO-Generalsekretär. Die Bundeswehr wird ein ums andere mal als Armee beschrieben, die international einsetzbar sein müsse. Die noch bestehenden rechtlichen Vorbehalte werden Stück um Stück in Frage gestellt.

Bewegungen gegen den Krieg finden bei uns nicht, vielleicht auch nur noch nicht auf der Straße statt sondern in den Leserbriefspalten und Kommentaren im Netz. Die ungelinkten Versuche der neuen Montagsdemonstrationen sind sofort unter medialen Beschuss genommen worden. Nur einige wenige mutige Linke tauchen dort auf, um das Mikrofon in die Hand zu nehmen. Vielleicht hätte diese Montagsdemonstration das Potential gehabt, den Hauptfeind im eigenen Land in Schwierigkeiten zu bringen?

Diese Chance scheint allerdings nun zerschlagen worden zu sein, noch ehe man auch nur in die Nähe kam, sie zu

nutzen. Die Ukraine wird zwischen den Imperien zerrissen. Das sich mühsam aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion aufrappelnde Russland und die sich mühsam aus den nationalen Egosimen zusammenraufende Europäische Union haben ein Feld gefunden, ihre Interessen auszukämpfen. Und die Vereinigten Staaten von Amerika spielen ihre eigene Rolle mit: Jeder Konflikt zwischen Dritten kann ihnen recht sein. Noch ist dieses Feld der Auseinandersetzung kein richtiges Schlachtfeld geworden, noch sind Tod und Elend nicht so massiv wie in Syrien.

Und genau deswegen müssen wir LINKE uns rechtzeitig besinnen, in historischer Analogie und aktueller Analyse, welchen Feind wir bekämpfen. Eins ist jedenfalls klar: Zeigen wir mit dem Finger nach Rußland, so zeigen vier Finger auf uns zurück.



Annekatri Klepsch
und Tilo Kießling sind
Vorsitzende von
DIE LINKE. Dresden

www.tilo-kiesling.de

tilo.kiesling@dielinke-dresden.de



Christopher Street Day 2014

Mission erfüllt?

von Sarah Buddeberg

Am Tag der Kommunal- und Europawahl startet in Dresden die diesjährige CSD-Woche. Was von außen vielleicht an einen Faschingsumzug erinnert, hat einen hochpolitischen Ursprung. 1969 kam es in der Bar „Stonewall“ in New York zu einem Aufstand von Homosexuellen und Transsexuellen gegen polizeiliche Willkür. An diesen Protest gegen die Diskriminierung sexueller Minderheiten erinnert heute der Christopher-Street-Day (CSD), benannt nach der Straße, in der sich die besagte Bar befand. Es war der Beginn einer Befreiungsbewegung und der Ausgangspunkt wichtiger gesellschaftlicher Veränderung. Der Kampf gegen Diskriminierung ist zugleich die Einforderung gleicher Rechte – das Ziel ist die Herstellung von Gerechtigkeit. Es ist naheliegend, dass wir uns als LINKE diesem Ziel verpflichtet fühlen und uns den Forderungen anschließen.

Aber wie weit sind wir heute von der Gleichstellung entfernt? Keine Frage, in den letzten Jahrzehnten ist viel erreicht worden. In Deutschland ist die strafrechtliche Verfolgung Homosexueller schon lange abgeschafft, gleichgeschlechtliche Paare können im Standesamt ihre Lebenspartnerschaft eintragen lassen und selbst die steuerliche Gleichstellung scheint in greifbarer Nähe zu sein. In den Medien sind Lesben und Schwule von Anne Will über Jochen Bänder bis hin zu Conchita Wurst präsent, Thomas Hitzlsperger hat sich zu seiner Homosexualität bekannt, wenn auch erst nach dem Ende seiner Fußballkarriere und Klaus Wowereits Zitat „Ich bin schwul, und das ist auch gut so.“ ist inzwischen ein geflügeltes Wort.

Mission erfüllt, könnte man meinen. Aber ein Abgleich mit den europaweiten Entwicklungen der letzten Jahre belehrt uns eines Besseren. In Russland wurde 2013 das „Gesetz gegen homosexuelle



Foto: Lara Dengs, pixelio.de

Propaganda“ beschlossen, in Frankreich kam es im letzten Jahr bei Demonstrationen der Rechtskonservativen gegen die Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe zu gewaltsamen Ausschreitungen und in Baden-Württemberg gab es heftige Diskussionen um die geplante Lehrplanänderung mit dem „Bildungsziel sexuelle Vielfalt“. Im Dresdner Schauspielhaus kam es im März 2014 bei der „Dresdner Rede“ zu einem Eklat, weil die Schriftstellerin Sibylle Lewitscharoff künstliche Befruchtung, insbesondere bei lesbischen Paaren, als „widerwärtig“ verunglimpfte, und auf diesem Weg gezeugte Kinder gar mit dem Wort „Halbwesen“ bezeichnete.

Die Gefahr, die in dieser homophoben Haltung liegt, besteht in einer Verkehrung der Problemlage. Während wir uns für gesellschaftliche Akzeptanz von Lebensweisen einsetzen, behaupten Rechtskonservative, allen voran die AfD, mit der Gleichstellung sei die klassische Familie bedroht. Nicht mehr die Ausgegrenzten werden geschützt, statt dessen wird die Ausgrenzung selbst zum vermeintlichen Schutzmechanismus erhoben. Das ist in zweierlei Hinsicht falsch: Zum einen ist das klassische Familienmodell längst überholt – jedoch nicht durch Regenbo-

genfamilien, sondern durch Patchworkfamilien, Alleinerziehende und andere Familienmodelle, die unbestreitbar Realität sind. Familienmodelle sind so bunt wie das Leben und sollten nicht danach beurteilt werden, welches Geschlecht die Erziehungsberechtigten haben, sondern ob Kinder in einem liebevollen und fürsorglichen Zuhause aufwachsen. Zum anderen ist es wichtig, klarzustellen: Gleichstellungspolitik ist kein Kampf gegen das klassische Familienmodell, sondern der Kampf dagegen, dieses zur Norm zu erheben. Es geht darum, allen Menschen zu ermöglichen, selbst zu entscheiden, wie sie leben wollen.

Aus diesem Grund beteiligt sich DIE LINKE auch in Dresden am CSD: mit einem eigenen Wagen der linksjugend bei der Demonstration, mit mehreren Veranstaltungen im Wochenprogramm, mit einem Infostand auf dem Straßenfest und hoffentlich mit vielen Genossinnen und Genossen, die die Forderungen nach Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Transsexuellen und Intersexuellen unterstützen. Und die dazu beitragen, das Außenbild der Veranstaltungen wieder politischer zu machen.



Das Westhangfest in Gorbitz

„Gorbitz international“ lautet das Motto der achten Auflage des Westhangfestes, das am 21. und 22. Juni rund um die Gorbitzer Höhenpromenade stattfindet. Hintergrund: Das Dresdner Leben wird zunehmend durch Menschen und Kulturen europäischer und außereuropäischer Herkunft bereichert. Dresden wird international(er) - Gorbitz auch. Beim Westhangfest soll Aufmerksamkeit und Interesse für Kulturen anderer Länder geweckt werden. Es wird ein deutliches Zeichen gesetzt: Menschen mit Wurzeln in anderen Ländern sind willkommen und können sich hier wohl fühlen.

So gehören in diesem Jahr Musik, Tänze und Spiele aus aller Welt zum Festprogramm. Kultur- und Musikprogramme

gibt es auf der „Kulturenbühne“ (Amalie-Dietrich-Platz), im „Garten des Südens“ (Leutewitzer Ring) und auf der „QM-Bühne“ auf der Höhenpromenade. Samba und Tango gehören genauso zum Programm wie afrikanische Rhythmen und osteuropäische Klänge. Auf der traditionellen Familienmeile können sich Jung und Alt an Spielen und Aktionen aus aller Welt beteiligen, internationalen Klängen und Geschichten lauschen oder exotische Leckereien kosten. DIE LINKE Dresden wird einen Aktions- und Informationsstand auf der Höhenpromenade betreiben. Dort gibt es am Sonntag Kaffee, Käsekuchen, Kamelreiten und Musik.

Aktuelle Informationen:
www.westhangfest-gorbitz.de

Aus dem Programm des CSD Dresden

Montag, 26. Mai

Vorführung des Films
„I killed my mother“18:00 Uhr | Wir AG
Martin-Luther-Str. 21

Dienstag, 27. Mai

„Sexuelle Orientierung als
Fluchtgrund“Vortrag und Diskussion mit MdL
Freya-Maria Klinger
18:00 Uhr | Wir AG

Mittwoch, 28. Mai

„Warum Mädchen keine Astronauten
werden wollen und Jungs Prinzes-
sinnen albern finden – Wie Ge-
schlechtsidentitäten entstehen“Vortrag und Diskussion mit
Sabrina Zachanassian
19:00 Uhr | Wir AG
Martin-Luther-Str. 21

Samstag, 31. Mai

Politische Demonstration
queer durch Dresden
12 Uhr | AltmarktCSD Straßenfest
mit Bühnenprogramm und
InfoständenAlle Veranstaltungen im Überblick unter:
www.csd-dresden.de

„(K)ein Sommernachtstraum“

Sommernächte haben ihren ganz eigenen Zauber. Die Nächte sind lau, Grillen zirpen, Frösche quaken, Vögel zwitschern. Es bleibt lange hell, das Leben spielt sich vermehrt im Freien ab. Menschliches Sein wirkt leicht, manch eineR ist berauscht von Blütenduft und hormonellen Veränderungen. Was kann geschehen in solch verwirrenden Nächten? Und was da geschieht, ist es noch real, wenn es wieder kälter wird? Oder scheint es uns als Trugbild, als Traum?

Shakespeares „Ein Sommernachtstraum“ ist eine märchenhafte Liebesgeschichte mit dem komischen Verwicklungen, in der es um die Herrschaft der Männer, die Rolle der Frauen und den Konflikt zwischen Liebe und Würde geht. Nicht selten verwirren die aufkommenden Liebesgefühle und sind keiner Vernunft mehr zugänglich. Verletzungen entstehen, aber immer auch Hoffnungen. Der Juni, Monat der Sommersonnenwende bzw. der Johanni-Feier, ist von intensiven Gefühlen geprägt und daraus resultierenden Geschehnissen.

In medias res - was geschieht, wenn wir als Beobachtende in eine derart gestaltete Szenerie „hineinspringen“? Wie sehen wir diese(n) Moment(e), wie beeinflussen wir sie?

Und wie bricht sich das (scheinbare?) romantische Glück, wenn die Dramen des Alltags einbrechen? Die Zugangswege zu diesem Sujet sind vielfältig. In der Werkstatt wird an eigenen Texten, Lyrik oder Prosa, gearbeitet, die sich auf das oben genannte Thema beziehen können, aber nicht müssen.

Moderiert wird die Veranstaltung wieder von der Erziehungswissenschaftlerin und Schriftstellerin Cornelia Eichner sowie durch den Dresdner Autor Cosmo von der Beerenburg.

Schreibwerkstatt Gorbitz

10. Juni | 17 Uhr

Gorbitzer Quartiersmanagement
Leutewitzer Ring 35

DIE LINKE hatte Parteitag

Jahrmarkt im Bunker

von Uwe Schaarschmidt

Angenehm ist es nicht, den Parteitag in einer Radsporthalle zu verbringen, deren tausende Tonnen Stahl und Beton, sowie das permanente Kunstlicht den Eindruck vermitteln, man säße im Atombunker und hoffe darauf, dass James Bond es vielleicht doch noch schafft, den dritten Weltkrieg zu verhindern. Angesichts des Leichtsinns, mit der sich die Nato-Staaten gerade in einen Konflikt mit Russland begeben, war das Berliner Velodrom aber vielleicht gar keine so dumme Wahl.

Zwei Jahre nach Göttingen hatte sich DIE LINKE vorgenommen, einen neuen Parteivorstand zu wählen und die gute Nachricht ist: Ziel erreicht. Die schlechte: Göttingen ist nicht vorbei. Nach wie vor schwärt jener Konflikt, der in den Medien mal als einer zwischen Reformern und Linksradikalen, mal als Auseinandersetzung zwischen Realpolitikern und Gegnern einer Regierungsbeteiligung, oft als Ost-West-Konflikt, aber ganz selten als das beschrieben wird, was er eben auch ist: Ein Jahrmarkt der Eitelkeiten, auf dem – der Parteibasis oft völlig unbekannt – Netz- und Flickwerke um die besten Standplätze für ihre mit Positionspapieren beklebten Buden rangeln. Dass es dabei nicht zuletzt um Mandate und Arbeitsplätze geht, dürfte sich von selbst verstehen.

Es wird das Verdienst von Katja Kipping und Bernd Riexinger bleiben, nach Göttingen den Lautsprechern jener Buden weitgehend den Strom abgedreht und mit viel Geduld zwischen ihnen vermittelt zu haben. Alles andere wäre wohl das Ende der LINKEN als



Foto: Uwe Schaarschmidt

gesamtdeutsches Projekt gewesen und man bräuchte heute, egal was man davon hält, über das Für und Wider von Rot-Rot-Grün auf Bundesebene gar nicht mehr zu diskutieren, wenn es so gekommen wäre. Entsprechend sicher ging auch die Wiederwahl der beiden als Parteivorsitzende über die Bühne. 77 Prozent für Katja Kipping und gar 89 Prozent für Bernd Riexinger sind ein ordentliches Ergebnis, wobei man Katja Kippings geringere Zustimmungswerte nur versteht, wenn man weiß, dass man ihr in Teilen der ostdeutschen Parteiapparate noch immer vorwirft, in Göttingen überhaupt angetreten zu sein und damit die Wahl von Dietmar Bartsch zum Parteivorsitzenden verhindert zu haben.

Ein weiteres Indiz für den oben erwähnten Konflikt war denn auch die Wahl der Mitglieder des geschäftsführenden Parteivorstandes, bei denen sich Tobias Pflüger, jüngst in Hamburg noch

bei der Listenaufstellung zur Europawahl gescheitert, gegen Dominic Heilig, dem dort gleiches geschah, als stellvertretender Parteivorsitzender durchsetzte und Thomas Nord den bisherigen Schatzmeister Raju Sharma ablöste. Letzteres kam besonders bei der Reformer-Strömung „Forum Demokratischer Sozialismus“ (FdS) und ihrem Umfeld schlecht an, zumal sich die frisch gewählten Parteivorsitzenden in die Bütt begaben, das schwierige politische Verhältnis zwischen ihnen und Raju Sharma reklamierten und für Thomas Nord warben, der sich schließlich in einem zweiten Wahlgang mit 53 Prozent durchsetzte.

Eine spannende Personalentscheidung war die Wahl von Janine Wissler aus Hessen zur stellvertretenden Parteivorsitzenden, neben Caren Lay aus Sachsen. Die 33-Jährige Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Hessischen Landtag erhielt 83 Prozent der Stimmen, was ein be-

merkenswertes Ergebnis ist, entstammt sie doch dem trotzkistisch geprägten Netzwerk „Marx21“. Wiedergewählt wurde schließlich Matthias Höhn zum Bundesgeschäftsführer der LINKEN, der, auch seit Göttingen im Amt, mit 77 Prozent ebenfalls ein gutes Ergebnis erzielte. Der frühere Landesvorsitzende in Sachsen-Anhalt gehört dem FDS an.

Inhaltlich wurde auf dem Parteitag – für einen Wahlparteitag nicht ungewöhnlich – wenig diskutiert, lediglich einige Satzungsfragen, welche auf vorangegangenen Parteitagen verschoben wurden, kamen zur Abstimmung und schließlich wurde die Bundestagsfraktion noch beauftragt, bis zum Jahresende zu einer Doppelspitze zu finden, was Gregor Gysi nicht gerade jubelnd zu Kenntnis nahm, da bekannt ist, dass Sahra Wagenknecht entsprechende Ambitionen hegt. Die Frage wird nun sein, ob die Partei aus dem zweijährigen Konsolidierungsprozess heraus wieder in die Rolle als Themensetzerin in der Gesellschaft findet. Die momentanen Umfragewerte zeigen einen leichten Anstieg, in Thüringen ist es denkbar, dass mit Bodo Ramelow erstmals ein Ministerpräsident gestellt wird. Eins jedoch scheint sicher zu sein: Die Diskussion, ob es einer linkssozialistischen Partei überhaupt straflos möglich ist sich auf jene Kompromisse einzulassen, die ihr für eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene abgefordert würden, dürfte weitergehen. Kein sonderlich beneidenswerter Job für die beiden Vorsitzenden, denn im Gegensatz zu Opportunismus und Widerstand ist Dankbarkeit – zu Recht – keine politische Kategorie.

Acht sächsische Linke im Parteivorstand



Katja Kipping



Caren Lay



Axel Troost



Kerstin Köditz



Pia Barkow



Marika Tändler



Stefan Hartmann



Ilija Seifert

Weitere Mitglieder des neuen Bundesvorstandes:

Sabine Wils	Frank Tempel
Christine Buchholz	Ali Al-Dailami
Johanna Scheringer-Wright	Klaus Lederer
Katharina Dahme	Martin Schirdewan
Katrina Schubert	Wolfgang Gehrcke
Judith Benda	Florian Häber
Anne Geschonneck	Harald Wolf
Halina Wawzyniak	Steffen Harzer
Dagmar Zoschke	Heinz Bierbaum
Nina Eumann	Arne Brix
Ruth Firmenich	Andrej Hunko
Karin Kaschuba	Steffen Bockhahn
Anja Mayer	Xaver Merk
Irene Müller	Torsten Löser
Juliane Pfeiffer	Marco Höne
Claudia Haydt	

**Allen Gewählten
herzlichen Glückwunsch!**

Prozess gegen Falk Neubert begann am Amtsgericht Dresden

Wieder mal im Gericht

von Peter Rosse

Es ist lange her, dass ich im Gericht am Sachsenplatz war, als Schöffe hatte ich da früher mal zu tun. Jetzt führte mich ein Solidaritätsaufruf wieder hin. Unser Genosse Falk Neubert war vorgeladen am 7. Mai, wegen seines Kampfes gegen den Neonazi-Aufmarsch am 13. Februar 2011. Und sein Verteidiger würde Rechtsanwalt Andre Schollbach sein, unser Stadtratsfraktionsvorsitzender.

Da waren schon zwei für mich interessante Ansatzpunkte: Die Solidarität mit jenen Genossen und Genossinnen, die mutig unser Grundrecht auf den Kampf gegen Naziideologie und Naziprovokationen verfechten und die Frage, wie man sich heutzutage im Rechtsstaat so schlägt in politischen Prozessen.

Mein Kommen habe ich nicht bereut. Es war gut zu sehen, wer da in solidarischer Verbundenheit erscheint, der Landesvorsitzende unserer Partei zum Beispiel oder der ebenfalls standhaft kämpfende Grünen-Politiker Jo-



Solidarität mit Frank Neubert bekundeten am ersten Prozesstag u.a. Ralf Hron vom DGB (3.v.l.) und Johannes Lichdi, Landtagsabgeordneter der Grünen (5.v.l.)
Foto: Max Kretzschmar

hannes Lichdi. Und es war lehrreich zu erleben, wie in so einem eindeutig politischen Verfahren gekämpft wird.

Mir imponiert, mit welcher Courage „unser“ Rechtsanwalt André Schollbach vor Gericht agiert. Und mit welcher juristischen Kompetenz, so weit ich das als Laie beurteilen kann. Aber

es war doch erkennbar, dass der Verteidiger alle Möglichkeiten zu nutzen versucht, um das ganze Verfahren in Frage zu stellen und um die Stellung seines Mandanten im Prozess zu stärken.

Und was den „Angeklagten“ betrifft: Ich finde, dass Falk Neubert mit seiner Erklärung zu Beginn der Verhandlung sehr

Der Prozess gegen Falk Neubert wird am Mittwoch, dem 21. Mai ab 10 Uhr im Amtsgericht Dresden fortgesetzt.

souverän und überzeugend für demokratische Rechte eingetrat und der Richter angesichts dieser Erklärung und der Sachlage ziemlich in der Bredouille ist.

Denn natürlich gehört auch das zu den Eindrücken dieser Verhandlung. Die Vertreterinnen und Vertreter der sächsischen Justiz folgen einem Auftrag. Sie sollen (wollen?) etwas kriminalisieren, was von vielen Bürgerinnen und Bürgern als selbstverständliches Recht und Pflicht verstanden und gehandhabt wird, der Kampf gegen die Neonazis. Teilweise spürt man in den Zwischentönen, dass sich diese Juristinnen und Juristen in dieser Lage nicht so wohl fühlen.

Man wird sehen, wie der Prozess ausgeht. Er wurde vertagt, weil der Verteidiger einen Fehler des Gerichts bei der Einladung von Zeugen aufgedeckt und Konsequenzen verlangt hatte.

Also: Solidarität ist weiter gefragt. Stärken wir unserem Angeklagten und seinem Verteidiger weiter den Rücken! Es würde ihnen nützen und wäre ein weiterer Meilenstein im antifaschistischen Kampf.

Am 25. Mai ab 18.00 Uhr heißt es: Heraus aus dem Stadtbild mit unseren Plakaten

Vielen Dank an alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer!

von Uli Reinsch

In unseren Wahlkämpfen gilt die Devise „Wir machen alles selber“. In Dresden sind im Kommunal- und Europawahlkampf 12.500 Wahlplakate zum Einsatz gekommen und 251.000 Stück Materialien wurden verteilt. Das waren:

90.000 Wahlkampfzeitungen; 50.000 Kurzwahlprogramme zur Europawahl; 80.000 „KandidatInnen für den Stadtrat Dresden“; 25.000 Türanhänger zur Wahlauforderung; 5.000 Handzettel zur Kommunalwahl in Sachsen und 1.000 Handzettel zur Ankündigung der Zentralen Veranstaltung.

Hinzu kommen Druckerzeugnisse und Plakate, die von einzelnen KandidatInnen in Auftrag gegeben wurden. Zahlreiche Informationsstände wurden durchgeführt.

Vielen herzlichen Dank an alle, die daran beteiligt sind.

Mit der Wahlparty am 25. Mai ab 17 Uhr im Haus der Begegnung ist jedoch der Wahlkampf nicht beendet. Aufpassen können wir erst, wenn alle unserer Plakate bis zum **01. Juni 2014** aus dem Stadtbild entfernt wurden. Ansonsten wird die Stadtverwaltung aktiv und nimmt sie ab. Die Kosten betragen dann mehr als 5 Euro pro Plakat, die der Stadtverband unserer Partei an die Stadt zu zahlen hat. Das wollen wir nicht!

Deshalb die Bitte, dass jede/r die Plakate, die sie/er gehangen hat wieder bis zum 01.06.2014 abnimmt. In den meisten Fällen werden es weniger Plakate sein als gehangen wurden (Zerstörung, gestohlen, eifrige Genossinnen und Genossen,



Uwe Baumgarten (Wk 12)
Foto: Cornelia Eichner

die den Seitenschneider schon angesetzt haben). Bitte trotzdem das ganze Gebiet abfahren und Plakate abschneiden.

Hinweis: Harke oder Teleskopstange, an denen ein Haken montiert ist, mitnehmen, um sehr hoch hängende Plakate herunter zu ziehen!

Sollten nach dem 01.06.2014 immer noch Plakate der LINKEN zu sehen sein, ist jede/r von uns berechtigt diese abzuschneiden und mit zu nehmen, egal ob es in seinem Verantwortungsbereich ist oder nicht.



Yaki Muth (Wk 2)
Foto: Max Kretzschmar

Zur Entsorgung:

Wer nicht die Möglichkeit hat, die Plakate zu entsorgen, den bitten wir diese ins Haus der Begegnung zu bringen und die Kabelbinder zu entfernen. So können die Plakate ordentlich und effektiv auf dem Hof gestapelt und sortenrein von uns entsorgt werden.

Abschließender Hinweis: Um den Christopher Street Day (CSD) zu unterstützen, haben wir die Genehmigung erteilt, dass insgesamt 50 unserer Plakate für die Werbung dieser Veranstaltung überhangen werden dürfen.



Cornelia Eichner und André Schollbach (Wk12)
Foto: Uwe Baumgarten

Das sind die Standorte: Großenhainer Str. /Liststraße, Hansastr. /Neustädter Bahnhof, Leipziger Str. / Antonstraße, Schweriner Str. / Postplatz, St. Petersburger Str. / Pirmaischer Platz; Seestr., Budapester Str. /Külz-Ring, St. Petersburger Str. /Georgplatz, St. Petersburger Str. / Prager Zeile, Budapester Str. / Arbeitagentur, Nürnberger Str. / Budapester Str., Zellischer Weg / SLUB.

Die Entsorgung dieser Plakate erfolgt über den CSD Verein. Bitte nicht abschneiden.



Dresden braucht Gestaltung und Visionen im Bereich des Wohnens und keine Kümmerer-Plattitüden

Visionen für Dresden

von Dr. Kris Kaufmann

Die Stadt ist bunt bepflastert mit Wahlplakaten. Vor allem die C-Fraktion im heutigen Stadtrat hat lange daran gearbeitet, ihre KandidatInnen einer intensiven Verjüngungskur zu unterziehen und alte Wahlkampfthemen zu recyceln.

Eine nichtssagende CDU-Parole auf den Plakaten soll den Bürgerinnen und Bürgern bestmöglich suggerieren, dass etwas passiert vor Ort. So soll anscheinend ein Artesischer Brunnen gebaut, die Hellaer Festspiele im Norden und eine Frauenkirche auf dem Neumarkt errichtet, das Blaue Wunder blau, der 100-jähriger Schumannbau für die TU oder das 100-jährige Cottaer Rathaus für Cotta na was eigentlich? gezeigt werden. Nebenbei setzt sich Einer seit 15 Jahren immer kurz vor der Wahl „für DSL in Striesen“ ein. Auch Fußwege sind ein dankbares Thema, wie auch die Revitalisierung der Lingner Stadt, die erst vor knapp zwei Jahren bestmöglich verhindert wurde. Selbst der Ausbau der Königsbrücker Straße, den man jahrelang ausgeklügelt sabotierte, schafft es auf ein Plakat. In der Johannstadt wird sich für eine Kita in der Friedrichstadt eingesetzt. Hier haben sich Unkundige anscheinend schlicht im Stadtteil geirrt. Johann oder Friedrich. Wen interessiert's. Hauptsache König, hauptsache kümmern. Irgendwie.

Nur an das Thema Wohnen hat sich keiner so recht plakattechnisch herangetraut. Zu blamabel waren die letzten Jahre des Nichtstuns und der Begeisterung für den Abriss. Die Frage der Bezahlbarkeit des Wohnens stellt sich der CDU erst gar nicht. Der Markt reguliert den Preis. Punkt. Deswegen wird im Wahlprogramm auch für Wohnbauflächen gekämpft, die längst im Flächennutzungsplan als solche ausgewiesen sind. Nur für SeniorInnen und kinderreiche Familien will eben keiner ‚einfach so‘ bauen. Wenige große Wohnungen rechnen sich im Investorenportfolio nicht. Viele kleinere Wohnungen versprechen höhere Verkaufserlöse.

Aktuell wird der neue Mietspiegel für Dresden erstellt. Die wachsende Nachfrage treibt nicht nur Miet-, sondern auch Immobilienpreise in die Höhe. Aus Sicht der LINKEN ist es deswegen grundlegend falsch, in einer Stadt der MieterInnen (86 %) weiter auf eine



Foto: Marco Dziallas

Verdichtung der Ränder durch zusätzliche Flächenausweisungen von Einfamilienhausgebieten zu setzen. Die weiterhin von einer Häuslebauerideologie getragene Politik der flächenintensiven und vor allem für die Stadt insgesamt kostenintensiven Erschließung fügt Dresden langfristig schweren Schaden zu. Denn nicht nur ein Infrastrukturausbau in der Fläche kommt die Stadt teuer zu stehen, sondern auch der Unterhalt von Bestehendem – egal ob an Fußwege, Bibliotheken, Begegnungsstätten oder Schulen gedacht wird – ist bereits heute kaum zu bewältigen. Jegliche zentrenferne Verdichtung nimmt finanzielle, personelle und stadtstrukturelle Kraft und lenkt von den eigentlich wichtigen, zeitnah anstehenden Gestaltungsaufgaben ab: Wohnen und Infrastrukturerhalt.

Oberste Priorität im Bereich des Wohnungsneubaus muss auf der Erweiterung von bedarfsgerechten und preisgünstigen Mietwohnungsangeboten liegen. In integrierten Lagen, auf Brachflächen, stadt- und stadtteilverträglich. Wir fordern Barrierefreiheit als Selbstverständnis des neuen Investierens in Dresden. Die CDU muss auf Landesebene endlich ihrer Pflicht nachkommen und Wohnungspolitik betreiben, die der Situation Dresdens gerecht wird. Wäh-

rend eine Mietpreisbremse als unnütz hingestellt wird, erweist sich die Förderung des Mehrgenerationenwohnens in Dresden seit Jahren als ein Rohrkrepiere. Dabei ist der Umgestaltungsbedarf immens, dummerweise nicht massenhaft im Wohneigentum (siehe oben).

So jung, vital und kinderreich Dresden ist - wir altern alle. Wer sich mit 75 Jahren noch am Ausblick aus dem sechsten Stock freut, ist möglicherweise 10 Jahre später in seiner Wohnung ohne Lift gefangen. Mit diesem Wissen gilt es Antworten auf drängende Fragen der Zukunft zu suchen. Mögliche Schlagworte sind Umzugsmanagement, Tauschbörsen zwischen den Generationen, um Remanenzeffekte des Wohnens abzuschwächen, Bestandsumbau, Genossenschaften auch bei nicht so gut gestellten Mietwohnungssuchenden politisch in die Pflicht nehmen oder endlich einen eigenen Wohnungsstock aufbauen. Wir werden uns genau darum in Zukunft noch intensiver darum kümmern müssen.

Auch wenn Dresden den Anstieg der Nebenkosten nur bedingt kontrollieren kann und die Grundsteuer B für Wohnimmobilien keineswegs der Preistreiber ist, wird der Posten ‚Energie‘ unweigerlich zur zweiten Miete anwachsen. Bereits

deswegen ist heute klar, dass wir um sensible energetische Sanierungsmaßnahmen zukünftig nicht umhin kommen werden. Unsanierete Bestände werden erneuert, die zweite Sanierungswelle der Nachwendzeit rollt auf Dresdner Haushalte zu. Nicht nur neue Mietverträge werden immer höher abgeschlossen, sondern auch die Bestandsmieten steigen durch Modernisierungsmaßnahmen jährlich zusätzlich bis zu 11 Prozent. Eine steigende Zahl an Eigenbedarfskündigungen und eine leicht sinkende Umzugsmobilität werden stille Indikatoren für eine Trendwende auf dem Markt: Nicht mehr jede/r kann bedarfsgerecht leben. Und genau deswegen benötigen wir heute eine gestaltende Politik für Morgen. So selbstverständlich wie es ist, in Bildungsinfrastruktur zu investieren, müssen wir Geld in die Hand nehmen, um den Dresdner Wohnungsmarkt bestmöglich und integrativ gemeinsam mit anderen Akteuren und in Synergie mit anderen Aufgaben zu gestalten.

Wer gestalten will braucht Ideen, Visionen und Mut für Neues. Es wird ein Kraftakt. Aber es wird sich lohnen. Nicht nur für wenige, sondern für viele. Auf alle Fälle für Dresden und seine Menschen.

Informationen zum Bürgerbegehren:
www.wohn-begehren.de

Ombudsstelle für ALG-II-Beziehende

von Katrin Mehlhorn

„Als Kunde bezeichnet, als Bettler behandelt“ - so heißt ein aktuelles Buch der Diakonie über die Lebensrealität von Hartz-IV-Beziehenden. Gleichwohl kann man damit auch häufig die Realität in vielen Jobcentern überschreiben. Hier entscheiden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Basis von sehr kritikwürdigen gesetzlichen Vorgaben aus Berlin über das Wohl und Wehe von tausenden Menschen. Dass sie das nicht immer mit Augenmaß, der nötigen Sorgfalt und mit richtiger und sicherer Rechtsanwendung tun, das zeigen viele Beschwerden von Betroffenen. Diese reichen vom Umgang mit den Kundinnen und Kunden über die Unverständlichkeit und Fehlerhaftigkeit von Bescheiden bis hin zur Dauer von Rechtsstreitigkeiten. Erkennbar wird das besonders an der Zahl von Widersprüchen oder gar Klageerhebungen vor dem Sozialgericht. Dresden steht dabei bundesweit nicht sonderlich gut da. Im März gab es hier einen Bestand von 5.601 Klagen: Das sind deutlich mehr, als für die Länder Rheinland-Pfalz und Saarland zusammen sowie 4.857 offenen Widersprüchen.

Und die Streitigkeiten werden absehbar nicht weniger, sollten im Herbst die momentan unter dem Titel „Rechtsvereinfachung im SGB II“ gehandelten Bestimmungen, die überwiegend auf eine Verschärfung des Gesetzes hinwirken, in Kraft treten. Zwar hat die Stadt keine wirkliche Handhabe bei oder gegen die



Foto: Thorben Wengert

Gesetzgebung im Bund, aber eine solche große Zahl von Rechtsbehelfen und die vielen Beschwerden legen nahe, dass einerseits die Arbeit im Jobcenter als auch die Lage der Betroffenen verbesserungsfähig ist. Aus diesem Grund steht auf der Tagesordnung der nächsten Stadtratsitzung ein Antrag der LINKEN, der die Einrichtung einer unabhängigen und fachlich kompetent besetzten Ombudsstelle als Ansprechpartnerin für SGB-II EmpfängerInnen in räumlicher Nähe zum Jobcenter Dresden fordert. Ombudsstellen arbeiten ergänzend zu Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten oder Sozialberatungen. Ihr großes Plus ist, dass sie im Konfliktfall ohne großen Aufwand zwischen Erwerbslosen und Jobcenter vermitteln können und so auch gerichtliche Auseinandersetzungen vermeiden helfen. Der Aufgabenbereich einer solchen Ombudsstelle soll sich dabei insbesondere auf die erklärende und beratende Funktion, z. B.

bei Unverständlichkeit von Bescheiden oder möglichen Rechtsfolgen sowie auf die Annahme von Anregungen, Kritik und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern und eine entsprechende Rückkopplung mit dem Jobcenter erstrecken.

Mittlerweile arbeiten in zahlreichen deutschen Städten, so in Aachen, Berlin oder Jena, erfolgreich Ombudsstellen. Und sie werden vor Ort inzwischen nicht nur von der LINKEN gefordert, sondern auch von CDU, SPD oder den Grünen. Erfahrungen und Evaluierungen aus anderen Kommunen zeigen eine positive Entwicklung. So können Probleme durch eine von der Ombudsstelle organisierte Vermittlung deutlich schneller und unbürokratischer gemeinsam mit den Jobcenter-Beschäftigten behoben werden. Eine Ombudsstelle könnte somit auch in Dresden viel Geld und Zeit sparen sowie unnötige psychosoziale Belastungen aller Beteiligten vermeiden helfen.

Zur Abstimmung über den Bibliotheksentwicklungsplan im OBR Plauen

Der Plan ist aus unserer Sicht nicht ausweglos. Einerseits gibt es klare Worte zum Nachholbedarf des Dresdner Bibliothekswesens, andererseits sind die Zielstellungen verschwommen, können sicherlich nicht genauer gefasst werden, da die Haushaltsmittel in den nächsten Jahren der Fachabteilung nicht bekannt sind.

Warum dieser Plan bis 2017 gilt bleibt unklar. Daraus haben wir Anfragen und Kritik abgeleitet.

Wir haben besonders den notwendigen Umzug der Stadtteilbibli Südvorstadt gefordert, der laut Plan für das Jahr 2016 "angestrebt" wird. Ähnliche Missstände in anderen Ortsamtsbereichen sollten aufgegriffen werden. Eine neue, moderne Zentralbibli, darf nicht zur weiteren Vernachlässigung der kleinen Bibis führen. Die Vorlage wurde mit vielen Worten von Herrn Prof. Flemming erläutert und verteidigt. In unserer Vorbereitung auf die Sitzung hatten wir uns auf eine Ablehnung geeinigt. Da in der Sitzung einer von uns anderer Meinung war, enthielten wir uns.

Waldemar Peine ist LINKE-Ortsbeirat in Dresden-Plauen

Neues aus den Ortsbeiräten und Ortschaftsräten - Heute: Plauen

Bibliothek, Bauplan, Busbahnhof

Es war schon ein buntes Programm, das die Plauer in ihrer Mai-Sitzung zu bewältigen hatten, in einer der letzten der nun auslaufenden Legislaturperiode. Doch das tat dem Engagement in der Debatte keinen Abbruch.

Beginnen wir mit dem Bauvorhaben, den Plänen für das Quartier Chemnitzstraße - Bamberger Straße - Hohe Straße - Bayreuther Straße. Vor zwei Jahren gab's dazu den Aufstellungsbeschluss, vor einem Jahr die frühzeitige Beteiligung, nun erläuterte die Sprecherin des Stadtplanungsamtes, was aus den Hinweisen und Kritiken der 60 Bürgerinnen und Bürgern geworden ist, was sich aus der Einordnung eines möglichen Kita-Standortes ergibt und welche Schlußfolgerungen aus den Gutachten zu Altlasten, Artenschutz und Lärm gezogen werden. Das Ergebnis fand der Ortsbeirat sehr erfreulich. Er begrüßte vor allem, dass eine „kompakte grüne Mitte“ im Projekt gesichert wird. Es ging um die Zufahrt zur Kita, um Tiefgaragen, um den Abstand zum benachbarten Friedhof. Einkalkuliert ist auch eine mögliche Haltestelle, wenn, wie derzeit erörtert wird, eines Tages eine Straßenbahn durch die Chemnitzstraße fahren sollte. Nach der Bürgerbeteiligung wurden gute Lösungen gefunden, hieß es, und der Ortsbeirat entschied sich einstimmig für den Bebauungsplan Nr. 387, der möglichst noch im Juni öffentlich ausgelegt werden soll.

Etwas differenzierter waren Debatte und Beschlussfassung zum Bibliothek-



Foto: Susanne Schmich, pixelio.de

entwicklungsplan 2014 bis 2017. Der Chef der Städtischen Bibliotheken, Prof. Flemming, stellte den Plan vor. Bekanntlich sind die Dresdner Leistungen auf diesem Gebiet deutschlandweit anerkannt - und selbst aus Korea waren kürzlich Experten zu Gast, um hiesige Erfahrungen zu studieren. Ein „Pfund“ ist dabei die Bürgernähe, das dezentrale Netz aus 19 Stadtteilbibliotheken und zwei modernen Fahrbibliotheken. Das Kunststück besteht darin, trotz aller Sparzwänge, bei Kosten und Personal, den Dresdnern den kurzen Weg zu ihrer Bibliothek zu sichern. Hohe Selbständigkeit für die einzelne Stadtteilbibliothek bei Öffnungszeiten, Arbeitszeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Veranstaltungsangebot ist das Rezept,

damit sie ihre Rolle als Bildungsknoten im Zusammenwirken mit Kitas, Schulen, Volkshochschule und vielen anderen im Stadtteil gerecht werden können. Und genau hier ergab sich im Plauer Ortsbeirat ein Konfliktpunkt, dem sich die VertreterInnen der LINKEN besonders zuwandten. Das Sorgenkind ist die Bibliothek am Nürnberger Ei, die wegen der räumlichen Bedingungen einfach nicht mehr weiter betrieben werden kann. Seit Jahr und Tag wird ein Ersatz gesucht, unbedingt in der Südvorstadt. Der Ortsbeirat hatte kürzlich in dieser Sache eine Anfrage an die Oberbürgermeisterin gerichtet, sie hatte nun, wie in der Sitzung informiert wurde, den Chef der Dresdner Bibliotheken gebeten, mündlich darauf zu antworten. Und es gab eine Neuigkeit: Es wird darüber verhandelt, in einem

vorgesehenen Neubau auf der Nürnberger Straße 36-38 die Stadtteilbibliothek einzurichten. Den LINKE-VertreterInnen schien das zu vage, wie sie auch andere Passagen im Entwicklungsplan gerne konkreter hätten. Deshalb wohl ihre Enthaltung bei der Abstimmung, während die Mehrheit dem Leitfaden für die Dresdner Bibliotheken nach ausführlicher Debatte und mit viel Lob für die Mitarbeiter zustimmte.

Zum Schluss ein brandaktuelles Thema, das sich der Ortsbeirat sozusagen selbst auf den Tisch gezogen hatte: ein Antrag der Stadtratsfraktion der Grünen zum Thema „Nutzergerechte Bushaltestellen an den Dresdner Fernbahnhöfen“, der bereits im Bauausschuss behandelt worden war. Die Situation in der Bayrischen Straße hinter dem Hauptbahnhof zwingt zum Handeln, so die allgemeine Haltung im zuständigen Ortsbeirat. Aber wo ist die Lösung? Die Debatte zeigte: Es gibt verschiedene Ansätze und Möglichkeiten, die Idee mit den Parkplätzen vor dem ENSO-Gebäude, Ausweichen auf die Strehlener Straße, auf die Petersburger Straße, Durchsetzen des Projektes Busbahnhof Ammonstraße... Die OrtsbeirätInnen konnten sich nicht einigen. Mehrheitlich entschieden sie sich aber dafür, dass die Stadt Dresden kurzfristig ein Konzept erarbeiten soll, um der unwürdigen Situation „rund um die Haltestellen der Fernbuslinien in der Bayrischen Straße“ ein Ende zu setzen.

Peter Rosse

Jauchzet, frohlocket!

Das Bach-Fest 2016 in Dresden und der städtische Haushalt

von Annetrin Klepsch

Vor einigen Wochen meldete eine Dresdner Tageszeitung erfreut, im Jahr 2016 würde in Dresden das Bachfest der Neuen Bach-Gesellschaft (NBG) stattfinden. Was die MusikfreundInnen und Bach-Fans erfreuen mag, ruft HaushaltspolitikerInnen auf den Plan mit der Frage, was die Sache für die Stadt kosten würde. Von 251.000 Euro war die Rede und wie selbstverständlich schien das Geld seitens der Stadtspitze bereits eingeplant, bevor der Stadtrat auch nur eine Vorlage dazu kannte oder darüber diskutiert hätte. Parallelen zur Mitfinanzierung des Evangelischen Kirchentages 2011 sind offensichtlich.

Es wird zweifelsohne eine kulturelle Bereicherung sein, wenn im Jahr des 800-jährigen Bestehens des Dresdner Kreuzchores mehr als 70 Konzerte in Dresden stattfinden, die das musikkulturelle Erbe Johann Sebastian Bachs pflegen. Es steht der Stadt Dresden gut zu Gesicht, wenn auch die zahlreichen Klangkörper, Chöre und weitere Ensembles in das Bachfest eingebunden sein werden. Bereits im Jahr 1968 machte das Bach-Fest Station in Dresden.

Kreuzkantor Roderich Kreile darf man gratulieren, dass es ihm gelungen ist, das Bachfest nach Dresden zu holen und die Oberbürgermeisterin von dem Vor-



Foto: S. Schlitt, pixelio.de

haben mit einem geschätzten Finanzvolumen von 618.000 Euro nach Dresden zu überzeugen. Mit Prof. Klemm als Rektor der Dresdner Musikhochschule, mit Jan Vogler als Intendanten der Dresdner Musikfestspiele und dem Trompeter Ludwig Güttler hat Roderich Kreile auch starke und versierte Partner an seiner Seite, die mit ihm als Steuerungsgruppe das Bach-Fest vorbereiten werden. Zu kritisieren ist jedoch die Art, wie das Vorhaben eingefädelt wurde.

Erstaunlich ist, wie schnell die Oberbürgermeisterin das Portemonnaie öffnet für Vorhaben, die ihr persönlich Glanz zu verleihen versprechen, während

zeitgleich seit Monaten Personal in der Stadtverwaltung abgebaut wird, wie sich am Palitzschhof und der Jugendkunstschule in Prohlis sowie den Städtischen Bibliotheken beobachten lässt. Immerhin geht es um eine Viertelmillion Euro, die einmalig zusätzlich durch die Stadtkasse bereit gestellt werden muss. Hinzu kommen Ausfallkosten, falls weniger Karten verkauft werden als prognostiziert, denn die Stadt ist die Veranstalterin des Bachfestes. Die Dresdner Musikfestspiele wiederum, die angesichts ihrer Größe und internationalen Ausstrahlung selbst personell an den Grenzen arbeiten, sollen die Organisation und Vermarktung übernehmen, wo-

für mindestens 50.000 Euro zusätzliche Personalkosten für Honorare anfallen.

Zum Vergleich sei daran erinnert, dass der Stadtrat vor wenigen Monaten auf Geheiß der Oberbürgermeisterin die Eintrittspreise für die Museen der Stadt Dresden erhöhen musste. Ursache war die Einführung des Mindestlohnes im Wach- und Sicherungsgewerbe. Für die Museen hatte die Oberbürgermeisterin keine 65.000 Euro zusätzlich übrig, um den Mindestlohn bedingten Mehraufwand zu finanzieren. Mit gerechter bezahlten Ausstellungsaufsichten lässt es sich auch schlechter schmücken als mit Festivaleröffnungen.

Aufgabe des Stadtrates muss es in den Haushaltsverhandlungen im Herbst für den Doppelhaushalt 2015/2016 sein aufzupassen, dass die benötigten 251.000 Euro für das Bach-Fest zusätzlich in den Haushalt eingestellt und nicht aus dem Topf der regulären kommunalen Kulturförderung gepresst werden, die schon gegenwärtig die freien Einrichtungen nicht ausreichend finanzieren kann und darauf angewiesen ist, dass Menschen in permanenter Selbstaussbeutung das Kulturleben Dresdens bereichern.

annetrin.klepsch@dielinke-dresden.de

Breiten- und Spitzensport

Eislöwen, Dynamo, Volleyball ...

von Dr. Margot Gaitzsch

Am 16. April beschloss der Dresdner Stadtrat fast einstimmig, die Oberbürgermeisterin zu beauftragen, „die Umsetzung des Sanierungskonzeptes der BG ESCD mbH für den Sanierungszeitraum 2014/2015 bis 2017/2018 zu unterstützen“. Damit verzichtet die Stadt auf eine Summe von ca. 500.000 Euro. Bei den knappen Kassen ein gehöriger Betrag zugunsten des Eishockeysports in der zweiten Bundesliga. Und wir als LINKE haben daran einen entscheidenden Anteil. Nachdem es bereits eine Vorlage der Oberbürgermeisterin gab, die die Unterstützung des Sanierungskonzeptes ablehnte, stellte sich Herr Schnabel als neuer Geschäftsführer der BG ESCD vor. Mit der von uns – Tilo Kießling und mir – initiierten Verschiebung eines entsprechenden Beschlusses im Sportausschuss wurde nochmals eifrig gearbeitet. Das Ergebnis ist die genannte Zustimmung zur Sanierung. Haupthoffnungsträger ist nun der neue Geschäftsführer, Herr Schnabel, der aus Bitigheim kommt und dort über mehrere Jahre Erfahrungen im Eishockeysport gesammelt hat. Der Erhalt des Zweitliganiveaus ist hoffentlich auch Motivation an den Verein und seine Nachwuchsspieler. Die Nachwuchsarbeit wurde auf dem Ball des Dresdner Sports am 15. März 2014 ausgezeichnet. Nun muss das Sanierungskonzept konsequent umgesetzt werden. Dabei geht es insbesondere um die Gewinnung von Sponsoren. Da es in Dresden mittlerweile mit den Eislöwen, Dynamo, Frauen- und Männervolleyball sowie den Monarchs Profisport gibt, der sich immer an die gleichen Spon-



Foto: S. Hofschneider, pixelio.de

sorinnen und Sponsoren in der Region wenden, ist die finanzielle Decke ziemlich kurz. Eine Lösung scheint es nur in der Gewinnung überregionaler Unternehmen zu geben. Dazu kommt, dass auch der Breitensport sich auf Sponsorensuche macht, um die Finanzierung der Sportangebote zu verbessern.

Bleibt die Frage, wie wir uns als LINKE zukünftig bei solchen Entscheidungen verhalten. Es könnte auf die Frage für oder gegen Profisport heruntergebrochen werden. Das führt auch zu der Frage, ob sich die Stadt Profisport auch weiterhin leisten kann und will und wenn ja, wie viel. Einerseits könnten wir uns auf die Position zurückziehen, dass Profisport privatrechtlich organisiert wird und die Stadt außen vor ist.

Andererseits ist – auch der Profisport – ein kulturelles Ereignis und das nicht nur für die Fans. Woche für Woche und Monat für Monat füllen Menschen Stadien und Sporthallen und begeistern sich am dargebotenen Sport. Manche motiviert das dazu, selbst etwas zu tun.

Da gibt es aber gleichzeitig ein Problem. Nicht nur im Profi- oder Leistungssport gibt es Wettkämpfe, die Zuschauerinnen und Zuschauer anziehen. Wenn Kinder im Wettkampf sind, interessiert das auch die Eltern und Geschwister, interessiert das Oma, Opa, Tante, Onkel. Die meisten der Dresdner Turnhallen haben aber keinen Platz für Zuschauerinnen und Zuschauer. Notlösungen müssen her. Die Zuschauerinnen und Zuschauer bekommen einen Platz auf Turnbän-

ken oder Stühlen zugewiesen, der vom Sportfeld abgeknappst wird. Deshalb haben wir in unseren Aufgaben und Zielen für die künftige Fraktion beschlossen, dass es künftig in jedem Stadtgebiet eine Halle mit Zuschauerkapazität geben soll. Auf der gleichen Ebene steht die multifunktionale Ausstattung der Schulturnhallen für viele Sportarten.

Zurück zum Geld: Die Prämisse muss sein, dass die Unterstützung des Profisports nicht auf Kosten des Etats für den Breitensport gehen darf. Unser Ziel bleibt es, ein Sportangebot in der Stadt bereitzustellen, zu dem alle diskriminierungsfreien Zugang haben. Aktuell klingt das ein wenig utopisch, aber erstrebenswert. Und noch gilt: Wo ein (politischer) Wille ist, ist auch ein Weg.

Neue politische Themen der LINKEN

von Andreas Naumann

Im letzten Stadtrat dominierten wie meistens wichtige Stadtentwicklungsthemen, daneben gab es einige Entscheidungen zur Asylpolitik und im Kulturbereich. Bei diesen wichtigen Aufgaben und dem großen Interesse der BürgerInnen, beispielsweise an Fragen der Stadtentwicklung, ist es nicht verwunderlich, dass manche politische Fachbereiche kaum medial wiedergespiegelt werden, die aber genauso zum Leben in der Stadt gehören, wie eben die zentralen Themen, über die jeden Tag in der Zeitung, im Radio oder im Fernsehen informiert wird.

Seit dieser Wahlperiode habe ich mich in zwei dieser Fragen neben meinem Hauptgebiet, dem Natur- und Umweltschutz, eingearbeitet und sie auf die politische Agenda gesetzt.

Da ist zum einen der Tierschutz, welcher bisher in der Politik so gut wie keinen Stellenwert hatte. Es gibt keine Fraktion, bei der Tierschutz eine Rolle spielt und die Verwaltung hat ihn nur insofern auf der Tagesordnung, wie er eine Pflichtaufgabe der Kommune ist. Das sollte sich ändern und war auch ein Auftrag der LINKEN. Es ergab sich ein Kontakt mit einem der Tierschutzvereine in Dresden und eine so gute Zusammenarbeit, dass eine Kollegin des Tierschutzverbandes gleich auf Platz 2 in einem Wahlkreis für uns zur Kommunalwahl kandidiert. Zunächst habe ich mit den Tierschutzverbänden ein



Foto: td, pixelio.de

Thema bearbeitet, das die Verbände als eines der dringlichsten in der Kommune ansehen: Es handelt sich um die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht freilaufender Katzen. Es gibt Schätzungen zufolge über 30.000 freilaufende Katzen allein in Dresden. Sie finden oft nicht ausreichend Nahrung und führen ein erbärmliches Leben. Die Tierheime sind überfüllt und finden keine neuen KatzenhalterInnen. Dieser Trend ist in der ganzen BRD zu verzeichnen. Darum haben bereits viele Kommunen die Pflicht zur Kastration und Kennzeichnung in ihren Satzungen festgeschrieben. Ein solcher Antrag für Dresden ist vorbereitet und wird in den Fraktionen diskutiert. Seitens der Bürgerinnen und Bürger liegen bereits über 3.000 Unterschriften vor, die eben das fordern. Für die kommende Wahlperiode will ich mit den Verbänden Tierschutzfragen in der Politik und der Öffentlichkeit auf die

Tagesordnung setzen. So werden gegenwärtig schon konkrete Voraussetzungen für einen zweijährigen Tierschutzbericht besprochen, aus dem die Öffentlichkeit über die Lage der in unserer Stadt lebenden Tiere informiert wird und woraus eine wirkliche politische und öffentliche Diskussion entstehen kann. Dieses Ziel haben wir auch in unser Wahlprogramm aufgenommen.

Zum anderen ist da das Thema Wohnungslosigkeit, mit dem ich mich zunächst nur aus Interesse beschäftigt habe und seit dieser Wahlperiode die AG Wohnungslosigkeit leite. In dieser AG sitzen alle Trägervereine, die Stadtverwaltung, die Fraktionen und einige Sozialträger und MedienvertreterInnen. In der letzten Sitzung baten mich die Träger, diese Aufgabe auch in der kommenden Wahlperiode weiter zu führen. Auch die Wohnungslosigkeit ist nur ein

Randthema in Politik und Öffentlichkeit, obwohl die Zahl der Menschen ohne Wohnung deutlich zunimmt. Ich konnte einzelne Zeitungen von den Problemen überzeugen und habe das Thema Wohnungslosigkeit damit in den öffentlichen Fokus gerückt. Ein eigener Beirat ist in der Mitte der Wahlperiode an der bürgerlichen Seite im Stadtrat gescheitert. Er ist unbedingt notwendig und von den Trägern gewollt. Vielleicht gibt es im nächsten Stadtrat andere Mehrheitsverhältnisse, mit denen ein erneuter Versuch zum Erfolg führt. Ich habe oft über Wohnungslosigkeit in Dresden berichtet und war dazu auch in vielen Basisgruppen. Für die kommende Wahlperiode will ich mich stärker auf die Ursachen konzentrieren und mit den Sozialverbänden Maßnahmen zur Vorbeugung und gegen die Entstehung der Wohnungslosigkeit entwickeln. Angekündigt habe ich das und bin dabei auf die Zustimmung der Wohnungslosenträger gestoßen. Zu diesem Thema fahre ich noch diesen Monat zu einem Kongress nach Karlsruhe, wo ich Netzwerkkontakte ausbaue und in Erfahrungsaustausch gehen kann.

Das sind zwei der vielen Themen die ich als Kommunalpolitiker tagtäglich ehrenamtlich bearbeite und von denen die Öffentlichkeit kaum etwas erfährt, die aber so wichtig wie die großen zentralen Bauprojekte sind, denn ohne diese Kleinarbeit funktioniert auch die große Politik nicht.

andreas.naumann@dielinke-dresden.de

Vom Symbol unbegrenzten Fortschritts zum Baudenkmal

von Tilo Wirtz

Natürlich. „Dresden bemüht sich, dass der Dresdner Fernsehturm für die Öffentlichkeit wiedereröffnet wird.“ - so steht es im Kommunalwahlprogramm der Dresdner LINKEN. Denn viele fragen sich sehnsüchtig, wenn sie zum von vielen Punkten der Stadt sichtbaren Fernsehturm hinaufschauen, wie es wohl wäre, vom Fernsehturm in die Stadt hinunter oder ins Erzgebirge, in die Sächsische Schweiz oder in die Lausitz zu schauen. Leider musste der Dresdner Fernsehturm 1991 für die Öffentlichkeit aus Sicherheitsgründen gesperrt werden.

Türme sind schon immer Zeichen weltlicher und geistlicher Macht, gepaart mit Beherrschung von Technik und wirtschaftlichen Möglichkeiten gewesen. Prägen in alten Zeiten Schloss-, Burg- und Kirchtürme die Landschaft, sind es in der Moderne Schornsteine, Büro-, Kühl- und eben die Fernsehtürme geworden, die weit sichtbar Zeugnis unserer auf der Verwendung von Wissenschaft und Technik beruhenden Zivilisation ablegen. Speziell die Fernsehtürme standen dabei für die Vernetzung über das Fernsehen von den fünfziger Jahren an. Die Begehrtheit für die Öffentlichkeit mit Aussichtspunkten und Gastronomie war allerdings nur ein Nebenprodukt, war die Hauptaufgabe doch über einen hoch gelegenen Sendemast möglichst in wei-



Foto: Tilo Wirtz

tem Umkreis den Empfang von Rundfunk und Fernsehen zu ermöglichen.

Als Produkte einer Zeit unbegrenzten wissenschaftlichen und technischen Fortschrittsglaubens sind Fernsehtürme einerseits Opfer der dieser Zeit eigenen Dynamik und andererseits der damals herrschenden Selbstüberschätzung geworden. Durch leistungsfähige Breitbandübertragungen sind sie technisch überholt und als Sender zunehmend überflüssig, andererseits birgt die öffentliche Nutzung bauliche Risiken, die nur durch kostenintensive Umbauten und Instandhaltungen beseitigt werden können.

Nur noch drei der zehn größten deutschen Fernsehtürme sind öffentlich zugänglich. Dresden als neuntgröß-

ter könnte der vierte öffentlich nutzbare werden, wenn die notwendigen baulichen Instandsetzungen geleistet werden würden. Niemand würde aus reineweg finanziellen Erwägungen den Hausmannsturm des Schlosses, den Rathausturm oder die das Stadtbild prägenden Kirchtürme zur Disposition stellen. Der Dresdner Fernsehturm gehört in diese Liga als architektonisches, technisches und kulturelles Denkmal

und sollte deshalb aus Denkmalschutzmitteln des Freistaates und Zuschüssen der Landeshauptstadt Dresden instand gesetzt werden. Dass unbelastet von den Baukosten der Betrieb einer Gastronomie ohne Zuschüsse möglich ist, zeigt nicht nur der Berliner Fernsehturm, sondern auch der wesentlich kleinere in Zippendorf bei Schwerin.

tilo.wirtz@dielinke-dresden.de

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Tilo Wirtz, Andreas Naumann, Peter Rosse, Katrin Mehlhorn, Kris Kaufmann, Dr. Margot Gaitzsch, Annkatrin Klepsch

Fotos: pixelio.de, Tilo Wirtz, Marco Dziallas
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 04.06.2014
Druck: Lausier Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser!
Logistik GmbH - Siblog



Rechtspopulismus à la AfD

von Katarina Tömpelhöfer und Kurt Sehgers

Immer wieder werden Menschen, die sich den Nazis in den Weg stellen, kriminalisiert. Antifaschistisches Engagement wird mehr und mehr zur Straftat. So geschehen zum Beispiel am 7. Mai auf der Gegenkundgebung zu einer NPD Veranstaltung in Dresden. Wie so oft stellten sich viele Menschen den menschenverachtenden Reden der Nazis entgegen und zeigten lautstark, dass sie hier wie überall in Deutschland nicht erwünscht sind. Ebenfalls dabei war eine kleine Musik-Box. Diese Box konnte auf keinen Fall die Lautstärke erreichen, um die andere Veranstaltung in irgendeiner Form zu stören. Dies hielt die Polizei nicht davon ab, kurz vor Ende der Gegenkundgebung die Herausgabe der Box zu fordern. Bis zu diesem Punkt war die Kundgebung friedlich, es gab keinerlei erwähnenswerte Vorkommnisse. Die Forderung stieß auf Unverständnis, weshalb die Box nicht herausgegeben wurde. Die strukturelle Gewalt der Polizist_innen richtete sich gleichermaßen gegen Frauen, Männer, Menschen aus der linken Szene und Menschen aus dem bürgerlichen Spektrum, die einfach nur keinen Bock auf Nazis haben. Das dieses völlig überzogene Handeln der Polizei nicht zu einer Eskalation der Situation führte, war einzig und allein Verdienst der friedlichen Demonstrant_innen. Wir



brauchen keine Musik um lautstark zu sein! Gleiches gilt für die Kundgebung der AfD am 9. Mai auf der Prager Straße. Einer jungen Demonstrantin wurde ihr Tamburin von den Ordnern entrissen und in die Menge geworfen. Als eine andere Demonstrantin ihr dieses aufheben wollte, wurde sie von einem Ordner brutal am Hals gepackt und zu Boden gedrückt. All dies geschah unter den Augen der Polizei, welche keinen Grund zum Eingreifen sah. Fotos der Situation und der Ordner, sehr „unauffällig“ mit Glatze und Freiwild-T-Shirts gekleidet,

sind auf DNN-Online zu betrachten. Die AfD streitet Überschneidungen oder gar Kooperationen mit der rechten Szene ab. Fraglich ist, warum dann auf einer Informationsveranstaltung der AfD im Restaurant Steiger Marco Eißler, ein stadtbekannter Neo-Nazi, auftaucht. Auf der Veranstaltung hatten sich einige kritisch eingestellte Menschen gefunden, um mit dem Vortragenden und den Anwesenden zu diskutieren. Wie später Sören Oltersdorf zugab, hatte er Marco E. gebeten vorbeizukommen, um sich die „Andersdenkenden“ mal anzuschau-

1. Mai – Anti-Nazi-Demo in Plauen

Ist der Polizei nichts mehr heilig?

von Katarina Tömpelhöfer

Am 1. Mai riefen unter dem Motto „Arbeitsplätze für Deutsche“ der „Nationale Widerstand“ zur Demonstration auf. Um sich diesem entgegenzustellen hatte sich ein breites Bündnis unter dem Namen „Vogtland Nazifrei“ zusammengefunden.

Dass in Sachsen Menschen bei Anti-Nazi-Demos als Linksautonome und RandaliererInnen bezeichnet und brutal Straßen oder Gebäude geräumt werden, ist nichts Neues. Seit dem 1. Mai scheint dies jetzt auch für die Kirche zu gelten. Bei einer angemeldeten Mahnwache an der Pauluskirche in Plauen fanden sich am Mittag Demonstrant_innen ein. Trotz Regen und Hagel verweilten die Menschen bei der Kirche, durften sich in dieser auch vor Regen schützen und die Toiletten benutzen. Ohne Vorwarnung wurden am Nachmittag dann die Demonstrant_innen aus der Kirche geprügelt und die Treppen der Kirche heruntergestoßen. Diese wurden zum Glück von anderen Demonstrierenden aufgefangen. Trotz dieser und anderer Provokationen blieb die Situation ruhig. Besonders „interessant“ war die Aufforderung der Polizei, das Gelände zu verlassen. Wie das bei einer Umstellung von vier Seiten gehen soll, konnten die Beamt_innen den Menschen auch nicht sagen. Schließlich mussten sich alle Personen einer Identitätsfeststellung unterziehen. Ihnen wird (größtenteils) ein Verstoß gegen §21 Versammlungsgesetz vorgeworfen. Dieser Prozess zog sich bis in die Abendstunden hin.

Zudem wurde auch ein Lauti der angemeldeten Antifa-Demo „Let’s take it

back“ mit fadenscheinigen Gründen festgehalten. Angeblich war das Kennzeichen verdeckt und die laute Musik störe die Gegendemonstration! Der komplette Lauti wurde gefilzt und die Crew über 1 Stunde festgesetzt. Alle mussten sich einer Identitätsfeststellung unterziehen.

Alles in allem mal wieder ein Tag, der der „sächsischen Demokratie“ alle Ehre gemacht hat. Zum Schluss noch ein Tipp an die CDU: Mit Deutschlandfahnen auf einer Anti-Nazidemo aufzutau-chen ist nicht die cleverste Idee...



en, ob er diese kenne. Besagter Sören O. war zu diesem Zeitpunkt bereits von seinem Posten als Kreisvorstand zurückgetreten, als seine Nähe zur NPD bekannt wurde. Dies schade schließlich dem Image der Partei, erklärte deren Generalsekretär Uwe Wurlitzer.

Die AfD will nun ihre Mitglieder und Neulinge auf Nähe zu rechtsextremistischen Parteien überprüfen. Wie viele Mitglieder ihr dann noch bleiben ist fraglich. Hoffentlich kontrollieren sie dies auch bei ihren Ordner_innen und den netten Menschen welche in Thor-Steinar gekleidet ihre Wahlplakate aufhängen.

Wir werden trotzdem weitermachen. Laut und bunt gegen ihre menschenverachtenden Ideologien. Antifaschistisches Engagement darf kein Verbrechen sein!

Am 07. Juni 2014 auf der Straße stehen und den „Tag der deutschen Zukunft“ verhindern.



Treffen: jeden Di, 18 Uhr, WIR AG
E-Mail: info@linksjugend-dresden.de
Im Netz: www.linksjugend-dresden.de

Nachruf für David Schmidt

von Max Pagenkopf

Am 1. Mai traf es mich wie ein Schlag. Das Picknick im Alaunpark war vorbei und wir wollten nur noch die FAU-Demo abwarten, als mir gesagt wurde, dass einer der wichtigsten Menschen in meinem politischen Leben gestorben ist. Er brachte mich dazu, mich stärker in der Politik zu engagieren, mich für den Stadtrat von Radebeul aufstellen zu lassen, den Verein Buntes Radebeul mit zu gründen und andere Parteien objektiv zu betrachten.

David Schmidt – seines Zeichens Mitglied der SPD und Stadtrat aus Radebeul, langjähriges einflussreiches Mitglied des Noteingang e. V., Gründungsmitglied und Vorstand Buntes Radebeul e. V. uvm.

Es passierte am 29.04.2014, ausgerechnet seinem 29. Geburtstag; als sein Herz seiner angeborenen Krankheit nicht mehr entgegengetreten konnte. Ich hoffe dass seine Ideale, sein Engagement und seine Freundlichkeit in Zukunft weiter Menschen dazu inspirieren, sich politisch für Menschen einzusetzen, denen immer wieder Hürden in den Weg gestellt werden.

Ruhe in Frieden. Ich werde dich nie vergessen.



MAI

22 Nationalistische (Krisen)lösungen? Argumente gegen die AfD

18 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

25 Kommunal- und EuropawahlWahlparty
17 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93**27 Öffentliche Stadtvorstandssitzung**

18 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

**Mitgliederversammlung der IDS
Thema: Wahlauswertung**

19 Uhr | Alexandros | Großenhainer Straße

**28 Kä – Ki – Tu oder wenn sich
Erich Kästner, Egon-Erwin
Kisch und Kurt Tucholsky
begegnen wären!**mit Trio Literale - Marion Neumann, Karin Funke und Gabriel Krappmann, eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dresden e.V.
19 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21**Gesamtmitgliederversammlung**Wahl des Direktkandidaten/der Direktkandidatin im Wahlkreis 43/Dresden 3 zur Landtagswahl
19 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93Ständige Termine im Roter Renner,
Rudolf-Renner-Str. 49Montag von 15:00-18:00 Uhr
Mittwochs: 15:30-17:30 Uhr
»Offenes Büro«Nach Vereinbarung
uwe-baumgarten@web.de
Sprechstunde Ortsbeiratjeden 1. Donnerstag:
Stammtisch ab 15:30 UhrStändige Termine in der WIR AG,
Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [solid] Dresden
- jeden Dienstag, 20 Uhr, offenes Treffen von DIE LINKE.SDS Dresden (Linke Hochschulgruppe der TU Dresden)
- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

Bibliothek der RLS in der WIR-AG
Martin-Luther-Str. 21
Öffnungszeiten:
Dienstag bis Donnerstag
10.00 bis 18.00 UhrNeu in der Bibliothek:
Felicitas Weck:
Linke Kommunalpolitik. Für Einsteiger_innen und Fortgeschrittene.
Aktualisierte Ausgabe.
VSA-Verlag, Hamburg 2014Wir gratulieren unserem Genossen
Dr.-Ing. habil. Peter Spiegelsehr herzlich zu seinem
80. Geburtstag am 27. Mai 2014.Genossinnen und Genossen der
BO Coschütz / Kleinpestitz

JUNI

**02 DIE LINKE. Eine für alle!
Dresden**18:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93 www.dielinke-efa-dresden.de**Alles nicht der Rede wert? Gleichstellung im Reden und Schreiben**Vortrag und Diskussion mit Dr. Martina Große, parlamentarisch-wissenschaftliche Beraterin in der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag
18 Uhr | BürgerInnenbüro Roter Renner Rudolf Renner Str. 49**Wenn wegschauen tötet**Vortrag und Diskussion mit Katharina König, eine Veranstaltung der linksjugend [solid] Dresden
18 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21**03 Die Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl**Vortrag und Diskussion mit der Gruppe ‚rassismus tötet‘, eine Veranstaltung der linksjugend [solid] Dresden
18 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21**10 Das Gute Leben!2-Ein Philosophy Slam für alle**Eine gemeinsame Veranstaltung des AK kritische Soziale Arbeit, der Hochschulgruppe Lux Dresden und der RLS Sachsen
19 Uhr | Motorenhalle | Wachsbleichstraße 4a 01067 Dresden**KPF - Kommunistische Plattform in der LINKEN**jeden zweiten Dienstag 15:30 Uhr
im Haus der Begegnung - Empore**13 – 16****Bunte Republik Neustadt (BRN)**in und vor der Wir AG, mit bunten Ständen, Informationsmaterial, Aktionen, Talk, Popcorn, Zuckerwatte und Brause, Bowle, afrikanischen Spezialitäten und -Klängen und am Sonntag 15.06. findet ab 11.00 Uhr ein veganer Brunch statt
Wir AG | Martin-Luther-Straße 61**16 DIE LINKE. Eine für alle!
Dresden**18:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93 www.dielinke-efa-dresden.de**17 Fraktionssitzung**18 Uhr | DIE LINKE-Fraktionsbüro
Zimmer 176, 1. Etage | Dresdner Rathaus**18 Kriegsbriefe zweier jüdischer Brüder im ersten Weltkrieg – Widerspiegelung im Widerstreit**Vortrag und Diskussion mit Dr. Ralf Hoffrogge, Historiker, Berlin, eine gemeinsame Veranstaltung des HATIKVA e.V. und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
19 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21**19 Stadtratssitzung**

16 Uhr | Kulturrrathaus | Königstraße 15

24 REIHE: Rosas Nachmittagskolleg Schreib nur nicht zu gallicht und gereizt'- zum 200. Geburtstag von Jenny MarxMit Prof. Dr. Manfred Neuhaus und Susann Scholz-Karas, RLS Sachsen
15 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93**JUNGE ROSA: Prostitution - Was bringt ein Verbot?**Diskussion mit Dr. Cornelia Ernst, MdB, eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dresden e.V.
18 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21**25 Der 1. Weltkrieg und die Linken**Vortrag und Diskussion mit Stefan Bollinger (Historiker), eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dresden e.V.
19 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21**CSD- Woche vom 25. bis 31. Mai**mit der politische Demonstration durch Dresden
31. Mai | 12 Uhr | Altmarkt
und dem CSD Straßenfest mit Bühnenprogramm und Infoständen

HARTZ IV-Beratung im HdB

Jeden Mittwoch
14 bis 17 Uhr
im Haus der Begegnung
Großenhainer Str. 93
Tel.: 0351-8583801**Termin vergessen?
Linksblatt@web.de****Sehr herzlich zum Geburtstag gratulieren wir unseren GenossInnen**Waltraud Abraham, Blasewitz
Hans-Jürgen Bellmann, Plauen
Johanna Berges, Blasewitz
Hans Besser, Pieschen
Patrick Borrmann, Neustadt
Marina Brandt, Leuben
Edith Burda, Leuben
Rolf Danzig, Neustadt
Ilse Dittrich, Blasewitz
Marcus Donath, Neustadt
Brigitte Drechsel, Prohlis
Sonja Döhler, West
Monika Eisentraut, Prohlis
Eva Ertel, Altstadt
Else Fischer, Leuben
Olaf Forker, Leuben
Daniel Frickenhaus, Neustadt
Theodor Friedel, Nord
Helmut Förster, West
Dr. Margot Gaitzsch, Prohlis
Annemarie Großmann, Plauen
Carmen Gräfe, West
Andreas Grünzig, Nord
Uwe Götzl, Pieschen
Elfrun Güldemann, Neustadt
Andreas Henschel, Leuben
Karl-Heinz Herberger, Prohlis
Dagmar Herrlich, Nord
Rita Horn, Plauen
Hannelore Hänsel, Prohlis
Detlef Höppner, West
Tini Höschele, West
Doris Hüller, Prohlis
Ingeborg Kaiser, NeustadtWolfgang Kalauch, Neustadt
Heinz Kandler, Altstadt
Karl-Heinz Kathert, West
Gisela Kaulfuß, Altstadt
Manfred Kempe, Neustadt
Klaus Keßler
Rolf Klemm, Blasewitz
Thomas Robert Koch, Plauen
Christa Koenitz, Altstadt
Rita Kring, Altstadt
Waldtraud Krziwon, Blasewitz
Ursula Kuschel, Leuben
Inge Kutza, Blasewitz
Karin Lange, Neustadt
Heinz Ledermüller, Blasewitz
Heinz Linné, Altstadt
Erika Lippert, Nord
Christel Machold, Altstadt
Patrick Marschner, Altstadt
Jens Milatz
Werner Moke, Leuben
Alfred Müller, Pieschen
Anna-Rosa Müller, Altstadt
Helene Müller, Neustadt
Ursula Müller, Pieschen
Hanni Nowak, Altstadt
Thomas Pohl, Prohlis
Brunhilde Putzmann, Blasewitz
Dr. Günter Reichert, Plauen
Christa Reinhard, Blasewitz
Frank Remse, West
Helene Ripke, West
Peter Rosse, West
Patrick Rudolf, BlasewitzJuliane Evelyn Rönsch, Neustadt
Helmut Rüpprich, Neustadt
Uwe Schaarschmidt, Blasewitz
Lisa Scheler, Leuben
Gertraud Schierz, Leuben
Norbert Schilling, Neustadt
Dr. Petra Schilling, Blasewitz
Jürgen Schlase, Altstadt
Gerhard Schmidt, Plauen
Hilde Schmidt, Nord
Max Schoene, Altstadt
Brigitte Schult, Altstadt
Evelyn Schulze, Blasewitz
Eric Schöne, Altstadt
Waltraud Siegmund, Plauen
Alexander Simon, West
Dirk Steffen, Leuben
Eberhard Stelzer, Pieschen
Sebastian Strelow, Prohlis
Hannelore Stöck, Altstadt
Dr. Günther Thal, Altstadt
Inge Thalheim, Neustadt
André Thämel, Pieschen
Romina Valta, Pieschen
Andreas Weder, Altstadt
Ursula Weig, Prohlis
Steven Weiler, Pieschen
Jonas Werner, Blasewitz
Sigrid Werner, Pieschen
Jörg Wiese, West
Thomas Winkler, West
Katrin Wächtler, Altstadt
Martha Ziegenbein, Neustadt

Nachhall der Geschichte

von Susann Scholz-Karas

Vor 100 Jahren begann der Erste Weltkrieg. Um seine Deutung wird bis heute erbittert gerungen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen setzt deshalb im Juni und im Herbst einen Schwerpunkt in der Veranstaltungstätigkeit auf dieses Thema. Zu folgenden Veranstaltungen möchten wir interessierte Menschen herzlich dazu einladen:

Die Veranstaltung am 18. Juni steht unter dem Titel: „Kriegsbriefe zweier jüdischer Brüder im ersten Weltkrieg – Widerspiegelung im Widerstreit“

Ihre kritische Haltung zu Nationalismus, Militarismus, Kaiserreich und Krieg brachte die beiden jüdischen Brüder Gerschom und Werner Scholem zusammen. In ihren Briefen schilderten sie in drastischen Worten nicht nur den Kriegsalltag und den Hurra-Patriotismus der meisten Altersgenossen. Sie rangen auch um geistige Alternativen und schwankten zwischen Zionismus und Sozialismus. Ihre Kriegserlebnisse prägten auch ihre weiteren Leben, die kaum unterschiedlicher verlaufen konnten. Werner in die KPD, ins Parlament und schließlich in den Tod im KZ Buchenwald, Gerschom an die Universität Jerusalem, wo er als Religionswissenschaftler berühmt wurde.

Gemeinsam mit dem HATiKVA e.V. haben wir den Berliner Historiker Dr. Ralf Hoffrogge eingeladen. Er stellt die Geschichte der Brüder Scholem vor, deren Schlüsselerlebnis der Weltkrieg war, eine Katastrophe, die in den Briefen zweier Gymnasiasten klarer gesehen wurde als von vielen Staatsmännern ihrer Zeit.

Am 25. Juni stellen wir dann gemeinsam mit dem Historiker Stefan Bollinger die Frage nach: „Der Erste Weltkrieg und die Linken“.



Verdun - 15.03.1914

Foto: Herman Rex, wikipedia

Die Erinnerungsindustrie läuft bereits auf Hochtouren: Der erste Weltkrieg begann vor 100 Jahren. Die „Urkatastrophe“ soll die Zeit geteilt haben, eine goldene vor Sarajewo, eine der totalitären Diktaturen danach. Die Politiker seien in diesen Krieg geschlittert, nichts kam so, wie es gewollt war. Eine kritische Betrachtung wird mehr entdecken. Sie wird auf die imperialistische Konkurrenz verweisen, die zur Neuaufteilung von Märkten und Staaten drängte. Sie wird fragen, wo die internationale Sozialdemokratie blieb, die 1907 in Stuttgart versprach, alles gegen den Krieg zu unternehmen. Mit Kriegsbeginn trennten

sich die Wege von Linken. Vaterlandsverteidiger standen jenen gegenüber, die die Gewehre umdrehen wollten.

Manche Fragen bleiben offenbar immer aktuell: Wie staatstragend dürfen Linke sein? Gibt es Kriege, die Linke mittragen dürfen? Kann eine europäische Ordnung unter gegebenem Kräfteverhältnis eine linke Option sein? Dürfen Linke die kapitalistischen, imperialistischen Züge ihrer Gesellschaft und deren internationales, auch gewaltsames Engagement beim Namen nennen? Und wie weit dürfen sie im Widerstand gegen eine solche Politik gehen?

Cuba Si informiert

von Ursula Zierz

Anlässlich des 1. Mai führten wir unter aktiver Beteiligung aller Mitglieder unserer AG den Cuba-Infostand auf dem Schloßplatz durch. Wir konnten durch viele interessante Gespräche mit der Bevölkerung für die Solidarität zu Kuba und den sich in Lateinamerika vollziehenden hoffnungsvollen antiimperialistischen Weg aufmerksam machen und den Kontakt zu neuen PartnerInnen suchen. Die Spenden von Besuchern erbrachten 428 Euro. Wir beschlossen in unserer Beratung am 14. Mai dieses Geld und die 1.200 Euro bereits gesammelter Spenden für den Kauf von Wasserpumpen für ein Cuba Si-Projekt in Sancti Spiritus oder Guantanamo einzusetzen. Genaueres teile ich nach Prüfung des Kostenvoranschlags von Cuba Si Berlin mit. Allen Beteiligten an der Spendensumme ein solidarisches Dankeschön!!

Zu bedenken geben wir als AG dem Stadtvorstand der Partei die Durchführung zweier Veranstaltungen anlässlich des 1. Mai in Dresden. Wäre es nicht sinnvoller, in Anbetracht des Bekenntnisses der LINKEN zum Kampf der Werktätigen, Stärke zu zeigen und ihn gemeinsam mit der Gewerkschaft und linken Vereinen an einem Ort zu begehen? Die Zersplitterung Alaun-

platz/Schloßplatz kann unserer Ansicht nach nicht richtig sein und schon gar nicht der Aufruf zu einem Brunch.

Infos zu CELAK - Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten

Der kubanische Außenminister Parrilla wies im März 2014 bei einer Pressekonferenz auf das Rundschreiben zum „Trainingsprogramm 18 - 01“ des Verteidigungsministeriums der USA vom November 2010 über die Durchführung subversiver Operationen gegenüber anderen unliebsamen Staaten hin. Es zielt darauf ab, die Moral, die wirtschaftliche, politische und militärische Macht, die Effektivität eines anderen Staates, herabzuwürdigen. Dadurch soll die Regierung von der Bevölkerung distanziert und die Macht zu regieren untergraben werden. Bei diesem Vorgehen werden Koalitionspartner oder auch Drittländer benutzt (vergleiche Vorgehen gegen Kuba, Venezuela, Ecuador, Bolivien oder Ukraine!). Diese Praktiken wurden in Libyen ausprobiert und 2010 von Washington unter dem Titel „Unkonventionelle Kriege“ veröffentlicht. Wir sollten über die Machenschaften der „Weltmacht USA“, ihrer NATO-Ver-

bündeten allen voran die Bundesrepublik Deutschland aufklären! Die Twitter-Kopie »Zun Zuneo« plante gemeinsam mit der Washingtoner Entwicklungsbehörde USAID einen Umsturz auf Kuba. Das Aufdecken dieses Vorganges durch die Sicherheitsorgane war nur die Spitze des Eisbergs. Die tatsächliche Dimension der vor vier Wochen aufgedeckten US-Geheimdienstoperation kam in den letzten Tagen ans Licht. In das von USAID in Kuba aufgebaute Agentennetz sind nicht nur US-Bürger (Spion Alan Gross), sondern offenbar auch einheimische Systemgegner verwickelt.

Die Cuban Five haben den diesjährigen Menschenrechtspreis gewonnen. Die Preisverleihung fand am 8. Mai in San Francisco statt. Viele von uns werden durch ihr Votum dazu beigetragen haben, dass es dazu kam. Freuen wir uns und hoffen, dass dies auch im Weißen Haus gehört wird! Unsere Solidarität mit den Cuban darf jetzt nicht nachlassen!

Achtung: Am 05. Juni ist im Haus der Begegnung die nächste Sammlung!

Saludos solidarios!

Veranstaltungen der RLS

Mittwoch, 18. Juni, 19 Uhr

Kriegsbriefe zweier jüdischer Brüder im ersten Weltkrieg – Widerspiegelung im Widerstreit

mit Dr. Ralf Hoffrogge, Historiker

Eine gemeinsame Veranstaltung des HATiKVA e.V. und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

Mittwoch, 25. Juni, 19 Uhr

Der Erste Weltkrieg und die Linken

mit Stefan Bollinger, Historiker

WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

Montag, * September, 17 Uhr

Führung Sonderausstellung

»14 – Menschen – Krieg«

Mit Mathias Beyer, Historiker

Teilnahmegebühr: Museumseintritt

Militärhistorisches Museum Dresden

Olbrichtplatz 2 | 01099 Dresden

(*Veranst. in Planung)

Mittwoch, 8. Oktober, 19 Uhr

Frauen für und wider den Ersten Weltkrieg.

Vortrag und Diskussion mit Dr. Gisela

Notz, Historikerin und Sozialwissenschaftlerin, Berlin

WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

Spendenkonto:

Cuba Si Dresden (SV DIE LINKE)

Kontonr.: 3120183074

BLZ: 850 503 00

Ostsächsische Sparkasse Dresden

Redaktionsschluss 2014

08.01.2014, 03.02.2014

05.03.2014, 02.04.2014

14.05.2014, 04.06.2014

09.07.2014, 10.09.2014

01.10.2014, 05.11.2014

10.12.2014

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Dresden

Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,

Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,

www.dielinke-dresden.de

E-Mail: linksblatt@web.de

V.i.S.d.P. Annetkatrin Klepsch, Tilo Kießling

Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Annetkatrin

Klepsch, Tilo Kießling, Uli Reinsch, Ursula

Zierz, Sven Scheidemantel, Dr. Cornelia

Ernst, Cornelia Eichner, Max Pagenkopf, Uwe

Schaarschmidt, Katharina Tömpelhöfer, Kurt

Sehgers, Katja Kipping, Sarah Buddeberg

Fotos: pixelio.de, Uwe Baumgarten, Cornelia

Eichner, Gerd Eiltzer, Marco Dziallas, Max

Kretzschmar, Uwe Schaarschmidt

Druck: Verlag Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus

Auflage dieser Ausgabe: 5.500 Exemplare



Europa wählen mit Links?!

von Sven Scheidemantel

Wieder mal die Zeit der bunten Plasteplakate an Straßenrändern, wieder mal die Infostände mit Sonnenschirm der verschiedenen Parteien.

Unübersehbar: Es ist Wahlkampfzeit. Städte- und Gemeinderäte, Ortschaftsräte und Kreistage... viele der Personen sind bekannt. Da mache ich ja auch mit, da gehe ich zur Wahl. Kommune betrifft mich direkt. Aber Europawahl? Das ist doch so weit weg in Brüssel und Strassburg, muss ich da wirklich wählen? Entscheide ich da was konkretes, gehts da um mich? Hmm, schauen wir doch mal genauer hin. Wo überall begegnet uns Europa? Euroskeptiker_innen zählen nur Gurkenkrümmung, Glühlampenverordnung oder überbordende Bürokratie auf.... Doch wir als LINKE sehen da viel mehr Positives! Da gibt es die Schilder an Gebäuden und Straßen („Erbaut mit Fördermitteln der EU“). Die Modernisierung ganzer Stadtkerne erbaut mit Fördermitteln (z. B. ILE – Fördermittel), die Umschulung, Weiterbildung (finanziert mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds ESF), die finanzielle Weiterentwicklung der Regionen durch Mitteln aus dem EFRE-Fonds der EU, die Stützung der landwirtschaftlichen Betriebe durch Subventionsmittel der EU-Agrarförderung, der internationale Jugend/Student_innenaustausch und Begegnung (gefördert mit Mitteln der EU)... um nur ein paar Beispiele zu nennen. Das klingt doch schon mal nicht schlecht. Konkrete Auswirkungen direkt in meinem Umfeld! Warum jetzt aber linke Kandidat_innen ins EU-Parlament wählen? DIE LINKE mit Ihren Kandidat_innen schaut ganz genau hin, was da so in der EU beschlossen wird. Der Fo-



Conny Ernst und Anja Eichhorn im Wahlkampf in Leipzig Foto: Gerd Eiltzer

kus liegt natürlich besonders auf den sozialen und friedenspolitischen Aspekten. Aber nicht nur. Unsere Abgeordneten kümmern sich um den Europäischen Datenschutz, um Gleichberechtigung, um Minderheitenfragen (z. B. Roma) um

die Angleichung und Vereinbarung von sozialen Mindeststandards, um die Umwelt/Energieproblematik um gewerkschaftliche Rechte (wird immer wichtiger bei transeuropäischen Konzernen mit europaweiten Beschäftigten), um die gewaltigen Fördermittelfonds der EU (und damit ganz direkt um milliardenschwere Beihilfen und Strukturentwicklungsmittel für die östlichen Bundesländer), um eine endlich menschlich ausgestattete und entwickelte Flüchtlings- und Asylpolitik der EU, um eine friedliche EU-Aussenpolitik und natürlich um einen Gegenentwurf zur EU-Finanzkrisenpolitik, die die

Kosten der Bankenkrise den Schwachen der Gesellschaft und finanziell schwer angeschlagenen Staaten (wie Griechenland) aufbürdet. Eine ganze Menge Beispiele für konkretes, effektives und daher notwendiges Handeln unserer linken EU-Abgeordneten. In Brüssel und Strassburg wird schon heute mehr und bedeutender entschieden und verhandelt

als in Berlin oder Dresden und garantiert mehr als in Chemnitz oder Burgstädt. Deshalb, weil es wichtig ist das unsere linken Abgeordneten dem „Europa der Banken und Konzerne“ unsere Vision eines „sozialen und friedlichen Europas“ entgegenstellen, weil die Mehrheitsverhältnisse im EU-Parlament einfach eine linke Fraktion als Korrektiv benötigen und weil es auch eine klare Stimme für das „Europa der Menschen“ bedarf – wählt bitte die Kandidat_innen der Partei DIE LINKE. Banken, Konzerne, Verbände bezahlen tausende Lobbyist_innen die ihre zum größten Teil zutiefst wirtschaftlichen Interessen vertreten. Dem entgegen stehen die Abgeordneten der linken Fraktion GUE/NGL – unbestechlich und Vertreter_innen der Interessen der Menschen in der EU!

Es geht weiter!

von Katja Kipping

Am 10. Mai 2014 bin ich gemeinsam mit Bernd Riexinger erneut zur Vorsitzenden der LINKEN gewählt worden. Ich möchte allen, die mich gewählt haben, aber natürlich auch allen, die mich in den vergangenen Jahren unterstützt und mir mit ihrem eigenen Engagement Mut gemacht haben, ganz herzlich danken! Für das Vertrauen, für Lob und Kritik, für Blumen und Bücher, für Stirnrundeln und Lächeln. Es waren so anstrengende wie aufregende zwei Jahre — und die kommenden werden sicher nicht einfacher.

Am Sonntag sind Wahlen — in Europa und hier in Dresden. Wir hoffen gemeinsam auf zwei tolle Ergebnisse für unsere Partei — Dresden hat eine starke LINKE ebenso nötig wie das Europaparlament. Mit dem Freihandelsabkommen TTIP soll an den gewählten Volksvertretungen vorbei eine Quasi-Herrschaft riesiger Konzerne entstehen, die sich auch noch eigene Standards und Gerichtsbarkeiten schaffen. Aber das ist noch nicht alles. Trade in Services Agreement (TiSA)



Cooler Idee am Elbradweg in Pieschen im Kommunalwahlkampf Foto: Robert Wünsche

heißt ein zwischen USA, EU und über 20 weiteren Staaten geplanter Vertrag mit dem Ziel, „Handelshemmnisse im öffentlichen Dienstleistungssektor“ zu beseitigen und dadurch „neue Marktchancen zu öffnen.“ Übersetzt: Ein Vertrag, der die Privatisierung des öffentlichen Sektors forcieren soll. Der Demokratieabbau vollzieht sich in atemberaubender Geschwindigkeit. Wir brauchen jede Stimme, jeden Sitz in Parlamenten, wenn wir die Chance erhalten wollen, „Nein!“ zu diesen Vorhaben zu sagen. Am 31. August sind Wahlen zum sächsischen Landtag. Auch hier müssen wir gemeinsam dafür kämpfen, dass es keinen weiteren Machtzuwachs für die sächsische CDU gibt. Ich möchte alle Genossinnen und Genossen bitten, genau so engagiert wie im Kommunalwahlkampf für ein gutes Ergebnis auf Landesebene zu kämpfen. Wir brauchen eine starke Landtagsfraktion — unabhängig von allen arithmetischen Konstellationen!